

**Zeitschrift:** The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK

**Herausgeber:** Federation of Swiss Societies in the United Kingdom

**Band:** - (1940)

**Heft:** 965

**Artikel:** Vollmachtenregime

**Autor:** Büchi, Hermann

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-692377>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

impartial deliberations our highest court has given judgment in favour of Berne.

\* \* \*

Fifth column activities seem to receive compassionate consideration in some parts of our country. In Basle a first lieutenant named Leo Schmitt was communicating regularly to some agent on the other side of the Rhine, the names of local residents known to him as "anti-nazi." The intrigue was discovered through a mis-directed letter which was returned to the post-office. The informer appeared before the Basle courts on a charge of espionage and was sentenced to three months imprisonment; our quisling, however, felt no scruples over his unpatriotic action and appealed against the sentence to higher courts and the Federal Tribunal has now disposed of the matter by simply confirming this placid retribution.

## OUR ARMY AND ITS COMMANDERS.

General : HENRI GUISAN.

Chief of Staff : JAKOB HUBER.

First Army Corps : RENZO LARDELLI.

1st Division : GUSTAVE COMBE.

2nd Division : JULES BOREL.

3rd Division : RENÉ VON GRAFFENRIED.

Second Army Corps : FRIEDRICH PRISI.

4th Division : WALTER SCHERZ.

5th Division : EUGEN BIRCHER.

9th Division : EDOUARD TISSOT.

Third Army Corps : RUDOLF MIESCHER.

6th Division : HERBERT CONSTAM.

7th Division : HERMANN FLÜCKIGER.

8th Division : ALFRED GÜBELI.

Flying Corps : HANS BANDI.

## BELIEVE IN NUMBERS — SUPERSTITION.

At the present very dangerous times our greatest worry does not consist in the possibility that Switzerland may have too few soldiers or a less thorough instruction than her potential enemies, but whether the determined mind of each individual man is fully aware of what constitutes the value of freedom.

(Carl Hilty, 1833-1909.)

You want to know what's going in Switzerland?

Read the

## SCHWEIZERISCHE MONATSHEFTE (SWISS MONTHLY)

A periodical, informing along strictly national and neutral lines in things political, economical and cultural. Up-to-date and highly interesting. Carefully selected contributors. (Printed by Gebr. Leemann A.G., Zurich, Stockerstrasse 64.) Price Fr. 17.80 yearly.

## SWISS RADIO.

Le 8 mai 1940.

Monsieur le Rédacteur,

J'ai l'honneur de porter à votre connaissance que, suivant une communication du Service de la Radiodiffusion Suisse, un bulletin d'information, contenant un résumé des événements les plus importants de Suisse et de l'étranger, est radiodiffusé chaque soir depuis le 15 avril dernier. Puisqu'il a été constaté que, durant l'été, la réception n'est bonne que pendant la nuit, ces émissions auront lieu comme suit :

*Derniers bulletins d'information.*

Beromünster

longueur d'ondes 539,6 m — 667 kc. 22.00 H.E.C.

Sottens

longueur d'ondes 443,1 m — 677 kc. 22.20 H.E.C.

Monte Ceneri

longueur d'ondes 257,1 m — 1167 kc. 21.50 H.E.C.

Le Service de la Radiodiffusion Suisse espère, de cette manière, tenir ses auditeurs au courant des événements quotidiens, tels qu'ils sont jugés dans notre pays, et je vous serais obligé de rendre les lecteurs de votre Journal attentifs à cette innovation. En outre, je vous prie de me faire connaître votre opinion au sujet de l'accueil réservé à ces émissions et de bien vouloir m'envoyer une communication, en deux exemplaires, de toute suggestion relative à une amélioration éventuelle de celles-ci.

Veuillez agréer, Monsieur le Rédacteur, l'assurance de ma considération distinguée.

W. THURNHEER,

Ministre de Suisse.

## VOLLMACHTENREGIME.

Von Dr. HERMANN BÜCHI.

Durch Vollmachtenbeschluss hat der Bundesrat am 30. April die bekannte grosse *Finanzvorlage* in Kraft gesetzt, soweit sie der *Deckung der Mobilisationskosten* gilt. Das ist das eigenartige Ende der Finanzberatungen, denen eine ausserordentliche Februarssession und die Frühjahrstagung der eidgenössischen Räte gewidmet waren. Kaum war die Vorlage im heftigen parlamentarischen Kampf fertig geworden und für die bereits auf den 2. Juni geplante Volksabstimmung bereit, so wurde sie durch diesen Vollmachtenbeschluss auf die Seite gelegt. Es ist sehr fraglich, ob sie in der durchberatenen Form überhaupt je zur Volksabstimmung gelangt. Denn bis zu jenem Zeitpunkt dürften wesentlich veränderte Verhältnisse, politische wie namentlich wirtschaftlich-finanzielle vorliegen, und schon der Vollmachtenbeschluss des Bundesrates schafft sie. Wie kam das alles?

Die Beschaffung der Kriegsfinanzen durch einen bundesrätlichen Beschluss ist eine *Notmassnahme*. Sie drängte sich in dem Moment auf, wo die Ereignisse in Skandinavien den Ernst der internationalen Lage und noch besonders die prekäre Situation der Neutralen enthüllten. Man konnte schon im Januar, als der Bundesrat mit seinem Finanzprogramm vor die

Öffentlichkeit trat, die gewaltigen Spannungen des Frühjahrs vorausahmend; für die Schweiz, welche besonders im Kraftfeld der Grossmächte liegt, war es zum vornherein gegeben, unter Vermeidung aller innerpolitischen Auseinandersetzungen die volle Aufmerksamkeit dem äussern Geschehen und der militärischen und kriegswirtschaftlichen Bereitschaft des Landes zu widmen. Es war daher sehr demokatisch vom Bundesrat gedacht, als er sich entschloss, für die Kriegsfinanzierung den normalen gesetzgeberischen Weg zu beschreiten, der mit der Volksbefragung abschliesst. Aber er hat sich damit, als sich dann die Notwendigkeit des Vollmachtenbeschlusses doch noch herausstellte, dem Vorwurf ausgesetzt, dass es nicht bloss aussenpolitische und äussere Gründe gewesen seien, die ihn zur Notmassnahme drängten, sondern auch der unerfreuliche Abschluss der parlamentarischen Beratung. Denn es war nicht gelungen, die Räte einheitlich hinter die Finanzvorlage zu stellen. Vielmehr drohte die Gefahr, dass sie in der Völkabstimmung einer starken Gegnerschaft von links und rechts erlegen wäre, worauf dann doch der Vollmachtenweg hätte beschriften werden müssen.

Ob solche Erwägungen bei der Vollmachtenlösung mitbestimmend waren, ist nicht nachzuweisen. Jedenfalls ist aber der aussenpolitische Aspekt seit den skandinavischen Geschehnissen so, dass die bundesrätliche Finanzpolitik kaum einer andern Rechtfertigung bedarf. Der Weg des Notstandes ist denn nicht bloss von den dafür konsultierten Vollmachtsskommissionen beider Räte gebilligt worden, sondern auch von der öffentlichen Meinung des Landes, der das Verständnis für die heutigen Gefahrenmomente vollkommen aufgegangen ist. Im Grunde war es wohl auch allen Parteien recht, dass der Bundesrat entschlossen die Verantwortung auf sich nahm und damit ein Abstimmungskampf vermieden worden ist, der dem Ausland keine gute Vorstellung von der Geschlossenheit des Landes gegeben hätte. Auch unsere Demokratie muss sich den Notwendigkeiten der Kriegszeit anpassen.

Der Bundesrat hätte auf Grund der im letzten Herbst erteilten Vollmachten völlig unabhängig seine Finanzentscheid treffen können. Er hat es nicht getan, sondern er hielt sich weitgehend an die Vorlage, wie sie aus den Parlamentsberatungen hervorgegangen ist. Allerdings nicht ganz. Der Hauptunterschied ist der, dass die Regierung nur die Bestimmungen in Kraft setzte, welche der Verzinsung und Tilgung der Mobilisationskosten dienen. Wegfallen sind also die Bestimmungen, welche der Ordnung des normalen Finanzhaushaltes gählen, die Sparartikel und die Beschränkung der Ausgabenbefugnis der Bundesversammlung. In Bezug auf die Einsparungen kann übrigens der Bundesrat selbst durchgreifen, und er hat das auch zugesagt.

An der Kriegsfinanzierung ist materiell nur wenig geändert worden. Die bereits verfassungsmässig vorgesehene Ausgleichssteu auf Warenhäuser wurde in ihrem Ansatz mit der neuen Warenumsatzsteuer in Einklang gebracht und der Anteil der Kantone an der Wehrsteuer wurde auf 30% an der Quellensteuer auf 20% des Ertrages angesetzt. Wesentlich ist allerdings, dass der Ertrag aller neuen Einkünfte ausschliesslich für die Deckung der Mobilisationskosten verwendet werden soll, also auch die ganze Warenumsatzsteuer, nicht bloss ein Drittel nach Parlamentsbeschluss.

Hier konnte ein Hauptpostulat der welschen Föderalisten berücksichtigt werden.

Ein Hauptvorteil des Vollmachtenweges ist, dass das ganze Finanzprogramm *viel rascher* in Kraft gesetzt werden kann, als wenn man den Volksentscheid hätte abwarten müssen. Das Wehropfer wird mit seiner ersten Rate schon dieses Jahr fällig, Wehrsteuer und Umsatzsteuer sollen spätestens zu Beginn des Jahres 1941 in Kraft treten. Es ist von grosser Bedeutung für die Bundeskasse und für die Verhütung inflatorischer Erscheinungen, dass die neuen Finanzquellen so rasch fliessen. Der Beschluss des Bundesrates ist auf fünf Jahre befristet, also bis 31. Dezember 1945.

Den Kern der bundesrätlichen Finanzmassnahmen bilden also Wehropfer, Wehrsteuer und Warenumsatzsteuer. Das *Wehropfer*, das in drei Jahresraten ab 1. Januar 1940 bezogen wird, beträgt für die natürlichen Personen, 1,5 bis 4,5%, für juristische Personen 1,5% des Reinvermögens. Von der Abgabe befreit sind Vermögen natürlicher Personen, die Fr. 5000.— nicht erreichen. An die *Wehrsteuer*, die jährlich erhoben wird, haben die natürlichen Personen zu entrichten eine Steuer von 0,4 bis 6,5% des Einkommens. Die Steuer wird erhoben, wenn das Gesamteinkommen 3000 Fr., bei Ledigen 2000 Fr. nicht erreicht. Dazu kommt einmal eine Ergänzungssteuer von 0,5 bis 3,5% des Reinvermögens, die nur erhoben wird, wenn dieses Reinvermögen 10000 Fr. — statt 5000 Fr. nach Parlamentsbeschluss — nicht erreicht. Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung entrichten eine Steuer von 2 bis 8% des Reingewinns und eine Ergänzungssteuer von 0,75% des einbezahlten Grundkapitals und der Reserven, die Genossenschaften eine Steuer von 3% des nach Abzug der Rabatte und Rückvergütungen verbleibenden Reinertrags und eine Ergänzungssteuer von 0,75% des Reinvermögens. Die andern juristischen Personen entrichten die gleiche Steuer wie die natürlichen Personen. Dazu kommt noch eine Quellensteuer auf Kapitalerträgnissen, d.h. von den Zinsen, Renten und Gewinnanteilen, die der Stempelabgabe auf Coupons inländischer Wertpapiere unterliegen, von den Zinsen der couponfreien Obligationen des Bundes, der S.B.B. und der Kantone, sowie von den Zinsen der Kundenguthaben von inländischen Banken und Sparkassen wird die Wehrsteuer zum Satze von 5% an der Quelle bezogen. In bestimmten Fällen wird diese Steuer ganz oder teilweise zurückgestattet. Von der Entrichtung des Wehropfers und der Wehrsteuer gibt es eine Anzahl Befreiungen, so des Bundes, der Kantone und ihrer Anstalten und Betriebe, der Gemeinden, der Kassen der Arbeitslosen-, Kranken- und Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversicherung, etc. Für Familienlasten werden sowohl beim Wehropfer wie bei der Wehrsteuer Erleichterungen gewährt.

Wehropfer und Wehrsteuer werden von den Kantonen erhoben, während der Bund für die einheitliche Durchführung sorgt. Die an der Quelle erhobene Wehrsteuer wird vom Bund erhoben.

Die Warenumsatzsteuer wird so gestaltet, dass sie die Waren auf ihrem Weg vom Erzeuger zum Verbraucher insgesamt mit höchstens 2% des Detailverkaufswertes belastet. Gas, Wasser, Elektrizität und

die wichtigsten Nahrungsmittel werden der Steuerpflicht entzogen.

Als weitere, nicht überall begrüßte Finanzmassnahme kommt zu diesen neuen Finanzquellen hinzu die Entnahme aus dem Währungsausgleichsfonds der Schweizerischen Nationalbank: 325 Mill. Fr. erhält der Bund und 150 Mill. Fr. die Kantone im Verhältnis zu ihrer Wohnbevölkerung. Der Rest des Fonds verbleibt der Nationalbank.

Endlich verfügt der bundesrätliche Vollmachtenbeschluss die Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesbeschlusses vom 22. Dezember 1938, d.h. der Einnahmen und Einsparungen, welche durch die bisherigen Finanzprogramme realisiert wurden, sowie des Bundesbeitrags von 18 Mill. Fr. für die Alters- und Hinterlassenenversicherung und Fürsorge bis Ende 1945.

Der Vollmachtenbeschluss des Bundesrates liegt sicher im Interesse des *Landeskredites* und der *Währung*. Indem er einzig die Kriegsfinanzierung ins Auge fasst, vertagt er das hart umstrittene Problem des eidgenössischen *Finanz- und Wirtschaftskurses* — wohl mit Recht, da das Ergebnis der parlamentarischen Beratung in dieser Hinsicht keine wirkliche Lösung bedeutete und da es heute schwieriger als je ist, eine Politik auf lange Sicht zu treiben. Aber unzweifelhaft ist es ein staatsrechtliches Faktum von Bedeutung, dass die Landesbehörde von sich aus die drei grössten Bundessteuern dekretiert, die je in unserm Land erhoben wurden.

## LES RAISONS DE LA NEUTRALITE SUISSE.

Par M. ROBERT DE TRAZ.

(Reprinted from "La Revue de Paris," 1.4.40.)

Neutre, la Suisse ne l'a pas toujours été. Et même, jusqu'au début du XVI<sup>e</sup> siècle, elle s'est montrée singulièrement batailleuse. D'abord pour fonder son indépendance : Morgarten, Sempach, Näfels, Morat, autant de victoires qui lui permirent de naître et de se développer. Aux guerres de liberté succédèrent les expéditions plus lointaines. Ce fut la période des descentes en Italie, vers les chaudes richesses du Sud ; l'époque des fantassins épiques, tels que les peignirent Urs Graf et Nicolas Manuel, avec leurs épées à deux mains, leurs panaches flottants et leurs bannières multicolores. Des "dompteurs de rois," disait d'eux Machiavel. Orgueilleux de leur force, savants dans la manœuvre des piques, strictement disciplinés, les Confédérés d'alors faisaient peur à l'Europe.

A Marignan, ils se heurtèrent à une arme nouvelle, l'artillerie, qui leur imposa une retraite d'ailleurs héroïque. Marignan, d'où sortit l'alliance perpétuelle avec la monarchie française, marque le déclin de leur impérialisme. Ils se replièrent dans leurs montagnes et ne connurent plus de la guerre que les luttes civiles et le service à l'étranger.

Renonçant aux ambitions territoriales, la Confédération helvétique refusa désormais de se mêler aux querelles de ses voisins. Elle ne formait, à cette époque, qu'un assemblage assez lâche de républiques quasi souveraines, hétéroclites et rivales. Une politi-

que d'agrandissement réclame un chef qui la dirige et subordonne les intérêts particuliers à ses desseins d'avenir : faute d'un souverain, d'une ambition cohérente et d'une unité nationale, la Suisse fut obligée à une réserve qu'elle transforma judicieusement en système.

Sa préoccupation principale était non plus de conquérir mais d'assurer sa cohésion intérieure. Auparavant déjà, en une occasion mémorable où il ramena la concorde parmi ses frères divisés, le bienheureux Nicolas de Flue, ennemi de toute violence, les avait adjurés, pour mieux s'entendre, de renoncer à la violence. Cette abstention réfléchie des confédérés leur permit, plus tard, d'échapper aux désastres de la guerre de Trente ans. Et le traité de Westphalie, tout en rompant le lien qui les unissait encore au Saint-Empire, consacra comme légitime et définitive leur résolution de demeurer à l'écart des guerres d'autrui. C'est-à-dire neutres à jamais.

Un siècle et demi s'écoula dans une paix relative. Envahis soudain et pillés par les armées du Directoire, par les armées russe et autrichienne, les Suisses subirent, pendant seize ans, de telles souffrances qu'ils s'empressèrent d'envoyer au Congrès de Vienne des plénipotentiaires pour proclamer leur volonté renouvelée de ne pas se mêler des conflagrations futures et, ne portant ombrage à personne, d'être respectés par tout le monde.

Les puissances alliées admirèrent leurs revendications et déclarèrent dans un texte capital, faire "une reconnaissance formelle et authentique de la neutralité perpétuelle de la Suisse." (Déclaration du 20 mars 1815) Sur la demande des ambassadeurs helvétiques, elles parlèrent de "reconnaissance" et non pas de "garantie" pour bien marquer que la neutralité n'était pas décrétée par elles à titre de restriction de souveraineté, mais au contraire acceptée comme l'expression de cette souveraineté même. Et elles ajoutèrent, ce qui n'est pas moins important, que "la neutralité et l'inviolabilité de la Suisse, ainsi que son indépendance de toute influence étrangère, sont dans les vrais intérêts de l'Europe."

Respectée durant tout le XIX<sup>e</sup> siècle, la neutralité de la Suisse fut à nouveau définie dans l'article 435 du traité de Versailles, qui reconnaît "les garanties stipulées en faveur de la Suisse par le traité de 1815, garanties qui constituent des engagements internationaux pour le maintien de la paix."

Vers la même époque, la Suisse résolut d'entrer dans la Société des Nations, afin de collaborer à une tentative qui répondait à son vœu profond de voir le droit régner entre les peuples réconciliés. Mais les Principes de solidarité du pacte lui permettraient-ils de demeurer neutre au sein de la Ligue?

Le Conseil de la S.D.N. admit cette neutralité limitée au domaine militaire. Il reconnut d'abord que la Suisse est dans une situation unique, motivée par une tradition de plusieurs siècles, qui a été explicitement incorporée dans le droit des gens." Il constata ensuite que "la neutralité perpétuelle de la Suisse et la garantie de l'inviolabilité de son territoire sont justifiées par les intérêts de la paix générale." (Déclaration de Londres de février 1920). Ainsi se trouvaient répétés et affirmés à nouveau les principes proclamés en 1815. Mais, en revanche, la Suisse prit un double engagement : pratiquer loyalement cette